

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

04.06.2021

Inhalt

EWN

1 Pläne für Atomkraftwerk östlich der Oder <i>Ruppiner Anzeiger, 03.06.2021</i>	3
2 Bei der Asse kommt es nun auf drei Experten an <i>Braunschweiger Zeitung, 04.06.2021</i>	4
3 Nuklearfirma von Bill Gates plant Reaktor in Wyoming <i>Spiegel.de, 03.06.2021</i>	6

Pläne für Atomkraftwerk östlich der Oder

Kernenergie Politiker aus Posen überrascht mit Standort unweit von Brandenburg.

Poznan (Posen). Die polnischen Pläne zum Bau eines Atomkraftwerks rücken immer näher an Brandenburg heran. Wurden bisher zwei Standorte an der Ostsee in der Nähe von Danzig favorisiert, machte der Marschall der Region Wielkopolska, Marek Wozniak, jetzt einen überraschenden Vorschlag.

„Solch ein Kraftwerk könnte auch östlich von Poznan (Posen) nahe der Stadt Konin gebaut werden“, sagte Wozniak. Er erklärte auch, dass er bei der Regierung in Warschau für diesen Vorschlag werben wolle.

Um die Klimaziele der EU zu erreichen, die bis 2030 eine deutliche Reduzierung des CO₂-Austoßes und bis 2050 die absolute Klimaneutralität vorsehen, ist auch Polen gezwungen, seine zahlreichen Kohlegruben zu

schließen. Das Problem: Bisher werden im Nachbarland noch über 70 Prozent des Stroms aus Kohle erzeugt. Deshalb wird schon seit Jahren über den Bau von Atomkraftwerken diskutiert.

Von Frankfurt (Oder) bis Konin sind es knapp 270 Kilometer. Das wären noch einmal 130 Kilometer weniger als zu den bisher geplanten Standorten bei Danzig. Brandenburgs Grüne hatten bereits im Februar vor dem Vorhaben des Nachbarlandes gewarnt. „Käme es in dem geplanten Atomkraftwerk zu einem Unfall, so würde die Strahlung mit einer Wahrscheinlichkeit von 20 Prozent auch Städte und Gemeinden in Deutschland treffen“, sagte die Landesvorsitzende der Grünen, Julia Schmidt.

 Braunschweiger Zeitung | 04.06.2021 | S. 13

 Auflage: 31.527 | Reichweite: 90.943

 Andre Dolle

Bei der Asse kommt es nun auf drei Experten an

Braunschweig. Am Dienstag haben drei Experten ihre Arbeit aufgenommen, die unter Asse-Gegnern in unserer Region als große Hoffnungsträger gelten. Denn sie sollen eine Entscheidung des Bundesumweltministeriums hinterfragen. Das hatte im vergangenen Sommer beschlossen, dass der *Atom*müll aus der Asse nach der Bergung im Jahr 2033 erst einmal in einem Zwischenlager in unmittelbarer Nähe zum maroden alten Bergwerk bei Wolfenbüttel deponiert wird.

Der Aufschrei war groß, auch weil die Entscheidung aufgrund der kaum vorhandenen Transportwege zwar nachvollziehbar, aber doch ziemlich unvermittelt kam. Die eigentlich versprochene Prüfung von mindestens zwei Asse-fernen Standorten hatte der Betreiber der Asse, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (*BGE*), nie in Angriff genommen.

Nun also der Kompromiss, auf den sich das Umweltministerium, Asse-Gegner aus der Region und die *BGE* unter der Moderation des Landesumweltministeriums Mitte Februar bei einem Friedensgipfel in Wolfenbüttel geeinigt hatten. Statt der ausgemachten drei Wochen dauerte es dreieinhalb Monate, bis die Experten feststanden. Das zeigt, wie wichtig die Personalien sind. Alle Beteiligten hatten Vorschlags- und Vetorechte. Am Ende einigten sich die Asse-Gegner und das Bundesumweltministerium auf diese drei Experten:

Christian Küppers ist Diplom-Physiker und stellvertretender Bereichsleiter *Nukleartechnik* und Anlagensicherheit beim Öko-Institut in Darmstadt. Küppers äußerte sich als Teil einer Arbeitsgruppe der Strahlenschutzkommission bereits zur Krebshäufigkeit in der Samtgemeinde Asse. Er ist aber auch schon als Experte für die *BGE* in Erscheinung getreten.

Beim zweiten Experten wurden die Beteiligten in der Schweiz fündig: **Herbert Bühl** ist Diplom-Geograph und arbeitet beim Büro Winzeler und Bühl Raumplanung und Regionalentwicklung in Schaffhausen. Bühl ist erfahren, war Regierungsrat des Kantons Schaffhausen und Präsident der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission. Mit dem Buch „Das Relief der Schweiz. Bildatlas der Oberflächenformen“

hat er ein Standardwerk geschrieben. Er hat sich schon häufig mit sensiblen Umwelt- und Landschaftseingriffen beschäftigt.

Und einen weiteren einschlägigen Experten haben die Beteiligten gewonnen: **Peter Hocke-Bergler** ist Leiter der Forschungsgruppe „Endlagerung als soziotechnisches Projekt“ am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) *Karlsruhe*. Er gab das Buch „Wohin mit dem *radioaktiven* Abfall?“ heraus. Der erfahrene Wissenschaftler ist als Risikoforscher bekannt dafür, auf Kritiker der Kernenergie einzugehen, ihre Bedenken ernst zu nehmen.

Diese drei unabhängigen Wissenschaftler sollen also noch einmal alles auf den Kopf stellen. Unter anderem werden sie 100 Dokumente aus den letzten zehn Jahren sichten und bewerten. Sie können auch die *BGE*, die Arbeitsgruppe Optionenvergleich Rückholung (AGO) und weitere, mit dem Asse-Thema vertraute Personen hinzuziehen.

Eigentlich hätte noch ein Jurist die Experten-Truppe verstärken sollen. Falls sich juristische Fragen aufdrängen, können die drei Wissenschaftler externe Expertise anfordern. Das Bundesumweltministerium übernimmt die Kosten für dieses dreiköpfige Schiedsgremium. Es soll im August einen Abschlussbericht mitsamt einer Empfehlung vorlegen. Es wird spannend sein, ob sich die Beteiligten dann auch an die Empfehlung halten. Entweder wird sie nicht zu Gunsten der Asse-Gegner aus der Region – oder des Umweltministeriums ausfallen.

Laut Wolfenbüttels Landrätin Christiana Steinbrügge, Vorsitzende der A2-Begleitgruppe, wurden im Zusammenhang mit der Standortfrage bisher nicht alle Fragen beantwortet. Sie freut sich auf den „kritischen Blick“ der Experten.

Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, erklärte laut Mitteilung: „Die Beleuchtung zeigt, dass uns der Begleitprozess am Herzen liegt.“ Es sei wichtig, das Asse-Problem „zügig und strikt sicherheitsorientiert zu lösen“. Im maroden alten

Bergwerk lagern 126.000 Fässer mit leicht- und mittelradioaktivem **Atommüll**. Täglich laufen etwa 12 Kubikmeter Wasser ins Bergwerk ein. Landesumweltminister Olaf Lies erhofft sich Transparenz. Und danach Akzeptanz bei den Betroffenen – wo auch immer diese wohnen.

Kritisch beobachtet wird die Arbeit der drei Experten von Bürgerinitiativen schon jetzt. Eleonore Bischoff

von der Wolfenbütteler **Atom**-Ausstiegs-Gruppe vermisst im Gremium Henning Zellmer, den Leiter des Geoparks Braunschweiger Land-Ostfalen. Dieser kenne die örtliche Geologie sicherlich besonders gut. Bischoff befürwortet, dass die Belastungen der Region in politischer, sozialer und ethischer Hinsicht berücksichtigt werden sollen. Mit Blick auf eine mögliche Strahlenbelastung aber sagte sie: „Was ist mit der gesundheitlichen Belastung?“

CO₂-FREIER STROM**Nuklearfirma von Bill Gates plant Reaktor in Wyoming**

Seit Jahren investiert Bill Gates in ein Atomstrom-Start-up. Nun soll der natriumgekühlte Reaktor auf dem Gelände eines ausgedienten Kohlekraftwerks entstehen.

Auf politischer Ebene ist die Atomkraft in Deutschland seit der Energiewende kein Thema mehr. In Deutschland gehen die letzten Kraftwerke Ende 2022 vom Netz. In Großbritannien oder den USA und auch manch anderen Ländern sieht das anders aus. Dort sollen neuartige Reaktoren bei der emissionsarmen Energieerzeugung helfen und Energiequellen wie Wind und Sonne ergänzen. US-Präsident Joe Biden erhofft sich umweltfreundlichen Strom von sogenannten Small Modular Reactors (SMR). Solche verhältnismäßig kleinen Reaktoren sollen schnell und kostengünstig entstehen, weltweit wird an etlichen Projekten dazu geforscht.

Auch das US-Startup Terrapower, bei dem Microsoft-Gründer Bill Gates einer der Hauptinvestoren ist, arbeitet an solchen SMRs. Wie nun bekannt wurde, wird ein Reaktor der Firma im US-Bundesstaat Wyoming gebaut – auf dem Gelände eines Kohlekraftwerks, das demnächst stillgelegt werden soll. Der genaue Standort wird aber erst Ende des Jahres bekannt gegeben.

Geplant sei ein Flüssigsalzreaktor, der mit Natrium gekühlt wird und 345 Megawatt Leistung erbringen kann, im Spitzenbereich aber auf 500 Megawatt laufen könnte. Für das Projekt in Wyoming will Terrapower mit dem Energieversorger PacifiCorp zusammenarbeiten, das Unternehmen ist Teil von Warren Buffets Holdinggesellschaft Berkshire Hathaway. Laut Terrapower-Chef Chris Levesque werde der Bau der Demonstrationsanlage etwa sieben Jahre dauern. Im vergangenen Jahr bezifferte sein Unternehmen die Kosten für ein solches Projekt auf rund eine Milliarde Dollar.

»Dies ist unser schnellster und klarster Weg, kohlenstoffnegativ zu werden«, sagte Wyomings Gouverneur Mark Gordon. Die Kernenergie sei in Wyoming, dem Staat mit der höchsten Kohleproduktion des Landes, Teil der Energie-Gesamtstrategie. Neben klimafreund-

licher Energie erhofft er sich aber möglicherweise noch andere Effekte. So könnte der Uranbergbau in Wyoming wiederbelebt werden.

Terrapower wurde vor 15 Jahren gegründet und hat seinen Sitz im Bundesstaat Washington. Das Ziel der Firma ist die Entwicklung von sogenannten Laufwellen- und Flüssigsalzreaktoren, beide arbeiten nach einem ähnlichen Konzept wie die bekannten Schnellen Brüter, von denen derzeit noch wenige in Betrieb sind. Weil die bei der Spaltreaktion entstehenden Neutronen nicht abgebremst werden, sollen diese neu entwickelten energie- und hitzereicheren Reaktoren mit dem Uran aus ausgedienten Brennstäben oder sogar von Atombomben betrieben werden können. Theoretisch würden sie dabei helfen, den Atom-müllberg zu reduzieren.

Druckwasserreaktoren im Schwimmbad

Ausgereift sind die Mini-Reaktoren aber bisher nicht, unter anderem wird daran gearbeitet, den Kühlkreislauf für die bis zu 1000 Grad heißen Geräte zu verbessern (mehr dazu lesen Sie hier). Bereits im vergangenen Jahr erhielt das von Gates geförderte Unternehmen vom US-Energieministerium eine Finanzierung in Höhe von 80 Millionen Dollar für die Demonstration der Natrium-Technologie.

Neben Terrapower arbeiten noch weitere Unternehmen an SMRs, die laut Definition der Internationalen Atomenergieorganisation eine Leistung von maximal 300 Megawatt liefern, während konventionelle Großanlagen Werte weit über 1000 Megawatt erreichen. Das russische AKW-Schiff »Akademik Lomonossow« gilt als eines der ersten SMRs. Der Prototyp versorgt schwer zugängliche Regionen mit Strom und Wärme.

In den USA will das Unternehmen Nuscale mehrere kleinere Druckwasserreaktoren mit jeweils rund 60 Megawatt Leistung zur Kühlung in ein Wasserbecken

bauen. Das soll auch die Sicherheit der Reaktoren erhöhen, denn das Wasser soll auch dann noch ausreichend kühlen, wenn die Notsysteme der einzelnen Reaktoren versagen. Wesentlich größere Anlagen sind von Rolls Royce geplant. Sie könnten mit mehr als 400 Megawatt bereits größere Städte versorgen und irgendwann verhältnismäßig schnell und flexibel in Modulbauweise errichtet werden. Denn zu den größten Problemen von konventionellen Anlagen gehören neben ihrem mancherorts schlechten Image sowie Sicherheitsbedenken Investitionskosten in Milliardenhöhe und lange Bauzeiten.

Weltweit sind derzeit etliche konventionelle Atomkraftwerke im Bau. Auf der Suche nach günstigem und CO₂-freiem Strom wird es kaum ohne Atomkraft gehen, sagen die Befürworter der Technik. Und hier weisen manche Experten auf das Potenzial von SMRs. Ob solche Anlagen am Ende sicherer und kostengünstiger sind und als klimafreundliche Energie bereitstehen, wie es Firmen wie Terrapower versprechen, ist noch völlig offen.

Manche Experten halten gerade das Kostenargument für zu schwach, da sich bereits häufiger gezeigt habe,

dass die Entwicklung neuer Technik viel mehr Geld gekostet habe als geplant. Und auch bei der Sicherheitsfrage bestehen berechtigte Zweifel. Denn dadurch, dass die einzelnen Anlagen weniger Leistung bringen, braucht es eine Vielzahl solcher SMRs – das wiederum erhöht auch das Risiko für potenzielle Probleme.

Selbst die Frage nach einem Endlager ist nicht beantwortet. Denn Müll wird auch bei einigen Modellen kleinerer Anlagen anfallen. Dieser muss irgendwo für sehr lange Zeit gelagert werden. In diesem Punkt geht es den USA auch nicht besser als Deutschland, wo beispielsweise seit Jahren um die Endlagerstätte Yucca Mountain im US-Bundesstaat Nevada diskutiert wird. Erst vor wenigen Tagen hat die Biden-Regierung angekündigt, in der Sache in den kommenden Monaten endlich neue Vorschläge vorlegen zu wollen.

Die Gates-Stiftung finanziert weltweit auch journalistische Arbeiten. Beim SPIEGEL unterstützt sie das Projekt »Globale Gesellschaft«, das über soziale Ungerechtigkeit vor dem Hintergrund der Globalisierung berichtet. Die redaktionellen Inhalte entstehen ohne jeden Einfluss der Stiftung.